

Trinkgelage: Stadt will Verordnung verschärfen



Stärker will die Stadt gegen öffentlichen Alkoholkonsum und die Folgen angehen. Dem Stadtrat liegt am Montag (15 Uhr, Rathaus) eine Neufassung der Gefahrenabwehrverordnung vor. Danach will die Stadt das Verweilen auf Straßen und Plätzen zum oder nach Alkoholgenuss verbieten, wenn Belästigung oder Gefährdung anderer Menschen oder Beeinträchtigung der öffentlichen Ordnung als Folge davon zu befürchten ist. Bürgermeisterin Susanne Wimmer-Leonhardt erklärte gestern gegenüber der RHEINPFALZ, dies sei kein allgemeines Alkoholverbot, stelle aber die Verschärfung der bisherigen Gefahrenabwehrverordnung in diesem Punkt dar. Mit der neuen Bestimmung werde die Eingriffsschwelle herabgesetzt. Wimmer-Leonhardt stellte fest, dass nach ihrem Dafürhalten die Ausweisung einer Alkoholverbotszone, wie das zum Beispiel in Freiburg geschehen ist, unzulässig sei. Ein Normenkontrollverfahren zum Fall Freiburg sei derzeit am Verwaltungsgerichtshof Mannheim anhängig. Mit der Entscheidung dazu sei im nächsten Jahr zu rechnen. (rdz) ARCHIVFOTO: VIEW